

// PRESSEMITTEILUNG //

Esslingen, 30. Oktober 2016
Hans Dörr
Telefon: 0702/ 14 41 63
E-Mail: hans_doerr@gmx.de

Betreff: GEW-Aktion „Wir lassen uns nicht verschaukeln!“

A 13 für Grund- und Hauptschullehrer/innen

„Die GEW fordert gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Hauptschullehrkräfte die am schlechtesten bezahlten Lehrkräfte in der Sekundarstufe I sein. Und auch die Grundschullehrer/innen dürfen nicht abgehängt werden“, so die GEW-Landesvorsitzende bei einem Pressegespräch des GEW-Kreises Esslingen-Nürtingen am 25. Oktober in Wernau.

Die GEW-Landesvorsitzende hatte zuvor auf einer sehr gut besuchten Personalversammlung in Wernau für GH-Lehrkräfte und Schulleitungen an Grundschulen, Grund-, Haupt- und Werkrealschulen sowie Gemeinschaftsschulen über den aktuellen Lehrerstellenstreit in der Landesregierung berichtet. Beim Pressegespräch stellte sie dar: 1074 Lehrerstellen würden 2017 auf der Grundlage veralteter Schülerzahlen gestrichen, obwohl Ministerpräsident Kretschmann 2014 zugesagt habe, dass ab jetzt jährlich neu entschieden werde – auf der Basis der aktuellsten Schülerzahlenprognosen. Dieser Streichung stünden die Schaffung von 320 neuen Stellen für die Grundschulen und 257,5 Stellen für Realschulen gegenüber. Wenn man die Streichung gegen die Neustellen verrechne, ergebe sich ein Negativsaldo von 496,5 Lehrerstellen für 2017. Bei näherer Betrachtung sei dies aber eine Mogelpackung. Zum einen bekämen die Grundschulen nicht 320, sondern nur 160 Stellen. Die restlichen 160 Stellen würden für die Inklusion verwendet. 100 Stellen für die Ganztagschule würden aus dem Jugendbegleiterprogramm finanziert und dort dann fehlen. 60 Stellen für den Informatikunterricht würden den Mitteln für das Programm der Frühen Bildung „Schulreifes Kind“ entzogen. Das sogenannte Verhandlungsergebnis sei kein Erfolg für die Bildung, sondern der Versuch des Kultus- und des Finanzministeriums, gesichtswahrend aus dem Debakel herauszukommen. Dass der Grundschule jetzt 160 Stellen weggenommen würden, offenbare die geringe Wertschätzung dieser Schulart durch die Landesregierung. Das Kultusministerium verschweige, dass die Grundschule die schlechteste Lehrer/Schüler-Relation aller Bundesländer habe. Die Vorgängerregierung habe für 2017 für den Ausbau der Kooperation Grundschule-Kindergarten 60 Stellen vorgesehen. Davon sei jetzt keine Rede mehr. Moritz abschließend zur Stellen-Thematik: „Natürlich sind Lehrerstellen nicht alles.

Die GEW fordert seit langem Investitionen in die Qualitätsentwicklung der Schulen. Aber: Wer Unterricht verbessern will, muss erst einmal dafür sorgen, dass er stattfindet.“

Zum Problem der Abwesenheitsvertretung berichteten die Personalräte und Kreisvorstandsmitglieder Hans Dörr, Sigrid Altherr-König, Sabine Penzinger und Regina Steinhäuser aus ihren Erfahrungen aus der Personalratsarbeit. Der Blick in die etwa 140 Schulen zeige: Die Ressourcen für die Abwesenheitsvertretung würden hinten und vorne nicht ausreichen. Die ‚mobile Lehrerreserve‘ sei von Anfang an fest in die Vertretung von Langzeitkranken und Lehrerinnen im Mutterschutz und in Elternzeit eingebunden gewesen. Für befristete Vertretungsverträge stünden viel zu wenige Lehrkräfte bereit, weil die Ausbildungsquote zu niedrig sei und die Regierung es versäumt habe, diese an das Land zu binden. Es sei langfristig bekannt, dass es eine durchschnittliche Abwesenheitsquote von 6 Prozent über alle Schularten hinweg gebe. Aufgefangen würden aber – „mit Hängen und Würgen“, so der Kreisvorsitzende Hans Dörr – maximal drei Prozent. Im Ergebnis führe diese „völlig unhaltbare Vertretungspraxis“ dazu, dass allenfalls Betreuung und Aufsicht stattfänden, sich die Qualität des Unterrichts verschlechtern würde und die Schüler und die Lehrkräfte und Schulleitungen die Leidtragenden wären.

Das Thema „Aufstieg nach A 13“ war nicht nur Gegenstand des Pressegesprächs, sondern auch der symbolischen GEW-Aktion „Wir lassen uns nicht verschaukeln!“, die unmittelbar nach der Personalversammlung stattfand. Die Teilnehmer/innen forderten plakativ: „Auf den Anfang kommt es an – Grundschullehrer/innen nicht abhängen!“ und „Grundschullehrkräfte dürfen nicht von der höheren Besoldung ausgeschlossen werden. Dafür gibt es weder einen inhaltlichen noch einen rechtlichen Grund. Die Grundschullehrkräfte studieren seit 2011 ebenfalls acht Semester. Wir fordern die Landesregierung auf: Legen Sie ein Konzept vor, wie auch die Bezahlung der Grundschullehrer/innen und der Schulleitungen an Grundschulen verbessert wird.“ Die Lehrkräfte erinnerten Ministerpräsident Kretschmann an sein Wahlversprechen vom 4. März 2016. Dort hatte er auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW in Sindelfingen versprochen: „Ich weiß, dass für die betroffenen Lehrkräfte das Auslaufen von Schularten natürlich keine einfache Situation darstellt. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir ihre Kompetenzen wirklich zu schätzen wissen und ihnen in den kommenden Jahren differenzierte und attraktive Qualifizierungsangebote unterbreiten werden - verbunden selbstverständlich mit der Möglichkeit des Aufstiegs nach A13.“ Eingefordert wurden sowohl beim Pressegespräch als auch bei Aktion „verlässliche Zusagen und ein Stufenplan für die Qualifizierung“ und die „Bereitstellung von Geld für die anschließende Beförderung“.